

Resolution

Delegierte appellieren an die Politik: Zusagen einhalten – Personalvertretungen der Lehrkräfte stärken

Ein zentrales Vorhaben der rot-grünen Landesregierung soll die Stärkung der demokratischen Teilhabe sein. Dementsprechend wurde im Koalitionsvertrag u. a. auch eine zukunftsfähige Modernisierung des Personalvertretungsrechts angekündigt, „um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu stärken und um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden und Verwaltungen wieder herzustellen.“ Insbesondere sollten nach den einstigen, in ihrer parlamentarischen Oppositionszeit gegebenen Zusagen von SPD-Politikern die Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Dienststellen weiter ausgebaut sowie der Umfang der Freistellungen für die Arbeit in Personalräten erweitert werden, eine Absicht, die der Philologenverband Niedersachsen mit Zustimmung und Sympathie zur Kenntnis genommen hatte.

Nach Auffassung der Delegierten des Vertretertages 2015 des Philologenverbandes Niedersachsen bleibt jedoch der jetzige Entwurf des neuen Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG), der sich derzeit in den parlamentarischen Beratungen befindet, weit hinter den damaligen Zusicherungen und den damit geweckten Erwartungen zurück, da der Entwurf erkennen lässt, dass es nach dem jetzigen Beratungsstand bei den Personalvertretungen im Schulbereich zu Verschlechterungen kommen wird, denen kaum irgendwelche Verbesserungen entgegenstehen. Das gilt insbesondere für die vorgesehene Abschaffung des Fachgruppenprinzips in den Stufenpersonalräten, was nur den Schluss zulässt, dass sich die Landesregierung auch personalvertretungsrechtlich gesehen auf dem Weg in ein Einheitsschulsystem befindet. Danach soll es beispielsweise keine Fachgruppe Gymnasium, Grundschule, Gesamtschule, Förderschule mehr geben und damit keine gesonderte Vertretungen des Personals der einzelnen Schulformen. Demnach sollen die Stufenpersonalräte künftig nach Willen der Regierungsfractionen zu einer personalvertretungsrechtlichen Einheitsvertretung werden, ohne die Möglichkeiten, die Interessen und Belange der Lehrkräfte der einzelnen Schulformen eigenständig und versehen mit eigenen Vetorechten wie bisher zu vertreten.

Die Delegierten der Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen appellieren an die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den in ihrer parlamentarischen Oppositionszeit zugesicherten Verbesserungen des NPersVG zu entsprechen und in den abschließenden parlamentarischen Beratungen entsprechende Korrekturen vorzunehmen, und insbesondere

- **das Fachgruppenprinzip in den Stufenvertretungen (Hauptpersonalrat und Bezirkspersonalräte) zu erhalten,**
- **die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zu verbessern**
- **sowie erhöhte Freistellungen für Personalräte auf allen Ebenen vorzusehen.**